Niederschrift

über die 15. Sitzung des Rates der Stadt am Dienstag, dem 19.06.2012 um 16:00 Uhr im Saal des Bürgerhauses, Schloßmacherstr. 4-5.

Anwesend:

Vorsitzende(r)

Dr. Josef Korsten

Ratsmitglieder

Ingrid Bartholomäus
Christof Bleichert
Ursula Brand
Dietmar Busch
Petra Ebbinghaus
Rolf Ebbinghaus
Horst Enneper
Karl-Heinz Fischer
Detlef Graß
Margot Grüterich
Klaus Haselhoff
Bernd-Eric Hoffmann
Olaf Jung
Claus Kanter
Thomas Klee
Rosemarie Kötter
Ralf-Udo Krapp
Thomas Lorenz
Dietrich Lunderstädt
Dr. Axel Michalides
Arnold Müller
Heide Nahrgang
Werner Nowara
Annette Pizzato
Sabine Plasberg-Keidel
Dr. Jörg Rieger
Rainer Röhlig
Tobias Ronsdorf
Rolf Schäfer
Udo Schäfer
Christoph Schlüter
Sebastian Schlüter
Axel Schröder
Rolf Schulte
Dietmar Stark
Klaus Steinmüller
Michael Tissarek
Gerd Uellenberg
Peter Fritz Sebastian Ullmann
Annette Verhees
Christian Viebach
Gudrun Weber
Dr. Jörg Weber
Harald Weiss

von der Verwaltung
Ute Butz
Julia Gottlieb
Frank Nipken
Regine Schmidt

Schriftführerin
Vanessa Jager

Tagesordnung:

(Öffentlicher Teil)

1.	Einführung und Verpflichtung eines Ratsmitgliedes	IV/0270/2012
2.	Niederschrift über die 14. Sitzung des Rates der Stadt am 26.04.2012 (öffentlicher Teil)	
3.	Informationen des Bürgermeisters	
4.	Einwohnerfragestunde	
5.	Besondere Bedeutung der Integrationspolitik (Antrag von Herrn Ullmann vom 05.06.2012)	AN/0100/2012
6.	Stellungnahme zum entstehenden Integrationskonzept des Oberbergischen Kreises (Antrag von Herrn Ullmann vom 05.06.2012)	AN/0102/2012
7.	Benachrichtigung von Jugendlichen, deren Daten gem. Wehrpflichtgesetz an das Bundesamt für Wehrverwaltung weitergegeben werden sollen (Antrag von Herrn Ullmann vom 05.06.2012)	AN/0103/2012
8.	Haushalt	
8.1.	Haushaltsbegleitanträge	
8.1.1.	Sozialraumplanung (Antrag der CDU-Fraktion vom 13.02.2012/ der UWG- Fraktion vom 02.02.2012)	AN/0066/2012/1
8.1.2.	Dienst- und Schutzkleidung für die freiwillige Feuerwehr (Antrag der UWG-Fraktion vom 26.01.2012)	AN/0069/2012
8.1.3.	Schulschwimmen (Antrag der AL-Fraktion vom 22.02.2012)	AN/0074/2012
8.1.4.	Schülerbeförderung (Antrag der AL-Fraktion vom 22.02.2012)	AN/0075/2012
8.1.5.	Herstellung/Reparatur der Zaunanlage Schnellental (Antrag der AL-Fraktion vom 21.02.2012)	AN/0078/2012
8.1.6.	Darstellung der Investitionen für Wülfing (Antrag der AL-Fraktion vom 22.02.2012)	AN/0079/2012

8.1.7.	Mittelfreigabe Wülfing (Antrag der FDP-Fraktion vom 29.02.2012)	AN/0090/2012
8.1.8.	Änderung der zeitlichen Abfolge der Umsetzung der Bauabschnitte beim Innenstadtumbau; Umbau Schlossmacherzentrum direkt nach Sanierung Marktplatz (Antrag der UWG-Fraktion vom 25.01.2012)	AN/0072/2012
8.1.9.	Änderung der zeitlichen Abfolge der Umsetzung der Bauabschnitte beim Innenstadtumbau; Beginn des Umbaus Schlossmacherplatz im Frühjahr 2013 (Antrag der CDU-Fraktion vom 13.02.2012)	AN/0077/2012
8.1.10.	Oberflächensanierung des Schlossmacherplatzes als einzige Maßnahme der Innenstadtsanierung 2013 (Antrag der AL-Fraktion vom 21.02.2012)	AN/0080/2012
8.1.11.	Stopp aller Maßnahmen der Innenstadtsanierung (Antrag der FDP- Fraktion vom 29.02.2012)	AN/0089/2012
8.1.12.	Verzicht auf Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Erschließung des Baugebietes Wasserturmstraße (Antrag der AL-Fraktion vom 22.02.2012)	AN/0081/2012
8.1.13.	Kürzung des Liquiditätszuschusses an die Bäder (Antrag der AL-Fraktion vom 22.02.2012)	AN/0088/2012
8.1.14.	Konzept zur Überführung des lifeness in private Hände (Antrag der AL-Fraktion vom 22.02.2012)	AN/0087/2012
8.1.15.	Nutzung der Spielhalle im LifeNess (Antrag der AL-Fraktion vom 22.02.2012)	BV/0301/2012/1
8.1.16.	Verzicht auf die Erstellung eines Sportplatzes an der Hermannstraße (Antrag der AL-Fraktion vom 21.02.2012)	AN/0095/2012
8.1.17.	Änderung der Abschreibungszeiträume (Antrag der CDU-Fraktion vom 14.03.2012)	AN/0096/2012
8.1.18.	Einsatz von quelloffener Software (Antrag von Herrn Ullmann vom 29.02.2012)	AN/0099/2012
8.2.	Stellenplan	
8.2.1.	Änderung des Stellenplans (Anträge der CDU-Fraktion vom 13.02.2012 und 21.04.2012)	AN/0068/2012
8.2.2.	Stellenplan 2012	BV/0314/2012
8.3.	Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen	BV/0349/2012
8.4.	Haushaltssatzung 2012 und Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2022	BV/0350/2012

9.	Neufassung der Satzung über die Abfallentsorgung	BV/0334/2012
10.	Neufassung der Hundesteuersatzung (auch Antrag von Herrn Ullmann vom 24.05.2012)	BV/0335/2012/1
11.	44. Änderung des Flächennutzungsplanes - Dietrich-Bonhoeffer-Straße, Kindergarten -	
11.1.	44. Änd.FNP: Bericht über die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 3(1) bzw. § 4(1) BauGB, Abwägung und Beschluss über die während der frühzeitigen Behördenbeteiligung eingegangene Stellungnahme des Landesbetriebes Wald und Holz NRW vom 08.12.2011	BV/0316/2012
11.2.	44. Änd.FNP: Abwägung und Beschluss über die während der frühzeitigen Behördenbeteiligung eingegangene Stellungnahme der PLEdoc GmbH vom 04.01.2012	BV/0317/2012
11.3.	44. Änd.FNP: Bericht über die öffentliche Auslegung des Entwurfes der 44. Flächennutzungs-planänderung gem. § 3 (2) BauGB sowie der Einholung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB; Feststellungsbeschluss	BV/0336/2012
12.	Bebauungsplan Nr. 56 B, Südstadt II - südwestlich Höhweg zwischen Dietrich-Bonhoeffer-Straße und Laakbaum -; 1. Änderung	
12.1.	BP 56B: Bericht über die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 3(2) bzw. § 4 (1) BauGB, Abwägung und Beschluss über die während der frühzeitigen Behördenbeteiligung eingegangene Stellungnahme des Landesbetriebes Wald und Holz NRW vom 07.12.2011	BV/0319/2012
12.2.	BP 56B: Abwägung und Beschluss über die während der frühzeitigen Behördenbeteiligung eingegangene Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Naturschutzverbände im Oberbergischen Kreis vom 04.01.2012	BV/0320/2012
12.3.	BP 56B: Abwägung und Beschluss über die während der frühzeitigen Behördenbeteiligung eingegangene Stellungnahme des Landrates des Oberbergischen Kreises vom 04.01.2012	BV/0321/2012
12.4.	BP 56B: Bericht über die öffentliche Auslegung des Entwurfes der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 56 B gem. § 3 (2) BauGB sowie der Einholung der Stellung-nahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB; Abwägung und Beschluss über die während der Behördenbeteiligung eingegangenen Stellungnahme des Landrates des Oberbergischen Kreises vom 12.04.2012	BV/0337/2012

12.5.	BP 56B: Satzungsbeschluss	BV/0338/2012
13.	Feststellung Jahresabschluss 2009, Behandlung Jahresfehlbetrag, Entlastung Bürgermeister	BV/0333/2012/1
14.	Konzept zur weiteren Nutzung des Grundstückes Blumenstraße/Neustraße	AN/0067/2012/1
15.	Besetzung von Ausschüssen / Gremien	BV/0344/2012
16.	Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Investitionen	IV/0269/2012
17.	Mitteilungen und Fragen	AF/0008/2012

Der Bürgermeister eröffnet um 16.00 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt gemäß § 8 der Geschäftsordnung die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist der Bürgermeister auf zwei vorliegende Tischvorlagen zu den Tagesordnungspunkten 10 und 20 hin.

Herr Ebbinghaus beantragt die Haushaltsbegleitanträge, die thematisch zusammenhängen, gemeinsam abzuhandeln und hierbei über den weitestgehenden Antrag zuerst abzustimmen.

Der Rat stimmt diesem Vorhaben einvernehmlich zu.

Weitere Anträge zur Tagesordnung liegen nicht vor.

(Öffentlicher Teil)

1. Einführung und Verpflichtung eines Ratsmitgliedes IV/0270/2012

Der Bürgermeister verpflichtet Herrn Udo Schäfer als neues Ratsmitglied und führt ihn in sein Amt ein. Herr Schäfer übernimmt das Ratsmandat des ausgeschiedenen Herrn Alexander Vogt für die proNRW-Fraktion.

2. Niederschrift über die 14. Sitzung des Rates der Stadt am 26.04.2012 (öffentlicher Teil)

Der Rat der Stadt nimmt die vorgenannte Niederschrift zur Kenntnis.

3. Informationen des Bürgermeisters

Der Bürgermeister informiert den Rat, dass die Beschwerde der Fraktion proNRW bezüglich der Filmaufnahmen durch den WDR von der Kommunalaufsicht zurückgewiesen wurde.

4. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

5. Besondere Bedeutung der Integrationspolitik (Antrag von Herrn Ullmann vom 05.06.2012) AN/0100/2012

Herr Rolf Schäfer erklärt, dass die CDU-Fraktion diesem Antrag nicht zustimmen wird. Der Rat hat sich bereits in der Vergangenheit wiederholt gegen neofaschistisches Verhalten ausgesprochen.

Herr Udo Schäfer ist der Ansicht, dass unterstellt wird, dass alle Bürger, die nicht links eingestellt sind, als Faschisten betitelt werden. Er sieht hier keine Veranlassung über diesen Antrag abzustimmen.

Herr Ebbinghaus betont die Wichtigkeit der Integrationspolitik, sieht jedoch die Vorrangigkeit vor anderen Problemen grundsätzlich nicht als gegeben an. Daher wird sich die AL-Fraktion bei der Abstimmung enthalten.

Beschluss:
Der Rat der Stadt stellt fest, dass die Integrationspolitik für die Stadt Radevormwald von besonders hoher Bedeutung ist. Projekte mit einem entsprechenden Hintergrund sind nach Möglichkeit vorrangig zu behandeln.

Abstimmungsergebnis:	1 Ja-Stimme	(fraktionslos)
	40 Nein-Stimmen	(16 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 5 UWG, 2 proNRW, Bürgermeister)
	4 Enthaltungen	(1 UWG, 3 AL)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

6. Stellungnahme zum entstehenden Integrationskonzept des Oberbergischen Kreises (Antrag von Herrn Ullmann vom 05.06.2012) AN/0102/2012

Herr Ullmann erläutert den Antrag.

Der Bürgermeister berichtet, dass regelmäßiger Kontakt zu dem Integrationsbeauftragten des Oberbergischen Kreises besteht. Des Weiteren erklärt er, dass Radevormwald sich an dem Integrationskonzept vom OBK beteiligen wird.

Herr Rolf Schäfer führt aus, dass auch die CDU-Fraktion für Integration einsteht. Diese Angelegenheit wurde jedoch schon in der Sitzung des Ausschusses für Sport, Soziales und Tourismus hinreichend erörtert und beraten. Aus diesem Grund wird die CDU-Fraktion diesem Antrag nicht zustimmen.

Herr Ullmann zieht seinen Antrag aufgrund der Ausführungen des Bürgermeisters zurück.

7. Benachrichtigung von Jugendlichen, deren Daten gem. Wehrpflichtgesetz an das Bundesamt für Wehrverwaltung weitergegeben werden sollen (Antrag von Herrn Ullmann vom 05.06.2012) AN/0103/2012

Herr Ullmann erläutert seinen Antrag. Er ist der Meinung, dass es für die Bürger nicht möglich ist, das komplexe Verfahren nachzuvollziehen.

Beschluss:
Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung der Stadt, künftig betroffene Jugendliche vor der Weitergabe persönlicher Daten an das Bundesamt für Wehrverwaltung durch postalische Zusendung auf ihr Recht hinzuweisen, der Weitergabe Ihrer Daten gem. § 18 Abs. 7 des Melderechtsrahmengesetz (MRRG) zu widersprechen. Das Anschreiben soll folgende Formulierung enthalten: „Mit in Kraft treten des Wehrrechtsänderungsgesetzes ist die Wehrpflicht ausgesetzt worden. Zum Zweck der Übersendung von Werbematerial für den freiwilligen Wehrdienst durch die Bundeswehr wurde eine neue regelmäßige Datenübermittlung eingeführt. Das Bundesamt für Wehrverwaltung erhält einmal jährlich die Daten von allen deutschen Personen (auch weiblichen), die im darauf folgenden Kalenderjahr volljährig werden. **Für die vorgenannten Auskünfte aus dem Melderegister haben alle Einwohnerinnen und Einwohner das Recht, zu widersprechen.** Der Widerspruch kann formlos an die Stadt Radevormwald, Bürgerbüro, Hohenfuhrstr. 13, 42477 Radevormwald (Anm.: oder sonstige Adresse), gerichtet werden."

Ebenso ist (vorsorglich) auf das Recht auf Löschung der Daten gem. § 58 Abs. 2 des Wehrpflichtgesetzes (WPflG) hinzuweisen. Ein hieran angelehnter Hinweis soll an geeigneter Stelle auf der Internetseite der Stadt eingefügt werden und zu einem herunterladbaren Musterwiderspruch (PDF-Format) verlinken.

Abstimmungsergebnis:	4 Ja-Stimmen	(3 AL, fraktionslos)
	41 Nein-Stimmen	(16 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 2 proNRW, Bürgermeister)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

8. Haushalt

8.1. Haushaltsbegleitanträge

8.1.1. Sozialraumplanung (Antrag der CDU-Fraktion vom 13.02.2012/ der UWG- Fraktion vom 02.02.2012) AN/0066/2012/1

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage der Verwaltung.

Herr Rolf Schäfer erläutert den Antrag der CDU-Fraktion. Er weist darauf hin, dass man die Ziele den wechselnden Rahmenbedingungen anpassen muss.

Herr Haselhoff stimmt den Ausführungen von Herrn Schäfer zu.

Herr Ebbinghaus findet es unnötig wiederholt über diesen Antrag abzustimmen, da bereits die ersten notwendigen Schritte, wie z.B. die Bildung einer Arbeitsgruppe, in die Wege geleitet worden sind.

Herr Stark weist darauf hin, dass die SPD-Fraktion bereits zur Ratssitzung am 21.03.2006 einen umfassenden Antrag zu dieser Thematik gestellt hat. Aus diesem Antrag sollten eventuelle Ergänzungen für die Erstellung des Sozialraumplanes genommen werden.

Herr UIlmann beantragt, eine getrennte Abstimmung über die beiden finanziellen Aspekte des Beschlussentwurfes zu machen.

Beschluss:
Der Rat beauftragt die Verwaltung, im Rahmen des Haushaltsansatzes als Einstieg in die Integrierte Stadtentwicklungsplanung nach Freigabe des Haushalts, die Vergaben für den Aufbau eines Geoinformationssystems zu tätigen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:
Der Rat beauftragt die Verwaltung, im Rahmen des Haushaltsansatzes als Einstieg in die Integrierte Stadtentwicklungsplanung nach Freigabe des Haushalts, nach Beratungen im Jugendhilfeausschuss, die Vergaben für weitere Teilfachpläne im Rahmen der Jugendhilfeplanung zu tätigen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8.1.2. Dienst- und Schutzkleidung für die freiwillige Feuerwehr (Antrag der UWG-Fraktion vom 26.01.2012) AN/0069/2012

Der Bürgermeister erklärt, dass dieser Antrag erledigt ist, da die benötigten Mittel bereits in die Veränderungsliste aufgenommen worden sind.

8.1.3. Schulschwimmen (Antrag der AL-Fraktion vom 22.02.2012) AN/0074/2012

Herr Ebbinghaus erläutert den Antrag der AL-Fraktion.

Herr Sebastian Schlüter erklärt, dass den Schulen nur für die tatsächlich teilnehmenden Schüler am Schulschwimmen Kosten entstehen. Daher liegen hier keine versteckten Subventionen vor. Aufgrund zahlreicher Ausfälle liegen die Kosten derzeit 15.000 € unter der veranschlagten Summe.

Beschluss:
Der Rat der Stadt beschließt, dass die Erstattungen an verbundene Unternehmen – Schulschwimmen – auf das Niveau des Jahres 2010, also auf 155.000 €, zurückzusetzen sind.

Abstimmungsergebnis:	4 Ja-Stimmen	(3 AL, fraktionslos)
	41 Nein-Stimmen	(16 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 2 proNRW, Bürgermeister)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

8.1.4. Schülerbeförderung (Antrag der AL-Fraktion vom 22.02.2012) AN/0075/2012

Herr Ebbinghaus führt an, dass die Beratungen im Fachausschuss keine wirkliche Aufklärung gebracht haben. Trotzdem wird die AL-Fraktion den Antrag zurückziehen.

Herr Lorenz, Vorsitzender des Ausschusses für Schule und Kultur, entgegnet, dass im Fachausschuss sehr intensiv hierüber beraten wurde.

Frau Butz erklärt, dass die Ersparnisse aus dem Schuljahr 2010/2011 i.H.v. 75.000 € nicht im Haushalt erkennbar waren, da dieses Geld für die Umstellung des Busverkehrs benötigt wurde und eine Preiserhöhung zum 01.01.2011 durch die OVAG erfolgt ist.

8.1.5. Herstellung/Reparatur der Zaunanlage Schnellental (Antrag der AL-Fraktion vom 21.02.2012) AN/0078/2012

Frau Ebbinghaus erläutert den Antrag der AL-Fraktion.

Frau Grüterich und Herr Ullmann erklären, dass sie die Notwendigkeit hierfür ebenfalls als gegeben ansehen.

Beschluss:
Der Rat der Stadt beschließt, dass im Haushalt 2012 Mittel zur Herstellung bzw. Reparatur einer Zaunanlage entlang der Straße zwischen dem Beginn der Wülfingstraße und dem Schnellental veranschlagt werden.

Abstimmungsergebnis:	20 Ja-Stimmen	(10 SPD, 4 UWG, 3 AL, 2 proNRW, fraktionslos)
	25 Nein-Stimmen	(16 CDU, 6 FDP, 2 UWG, Bürgermeister)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

8.1.6. Darstellung der Investitionen für Wülfing (Antrag der AL-Fraktion vom 22.02.2012) AN/0079/2012

Herr Ebbinghaus erklärt, dass der Antrag aufgrund der Aussagen im Fachausschuss zurückgenommen wird.

8.1.7. Mittelfreigabe Wülfing (Antrag der FDP-Fraktion vom 29.02.2012) AN/0090/2012

Beschluss:
Der Rat der Stadt beschließt, dass die Mittel für die Sanierung des Projektes „Wülfing“ nur insoweit freigegeben werden, wenn diese für die Zukunft die laufenden Kosten der Folgejahre reduzieren.

Abstimmungsergebnis:	9 Ja-Stimmen	(6 FDP, 3 AL)
	36 Nein-Stimmen	(16 CDU, 10 SPD, 6 UWG, 2 proNRW, fraktionslos, Bürgermeister)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

8.1.8.	**Änderung der zeitlichen Abfolge der Umsetzung der Bauabschnitte beim Innenstadtumbau; Umbau Schlossmacherzentrum direkt nach Sanierung Marktplatz (Antrag der UWG-Fraktion vom 25.01.2012)**	**AN/0072/2012**
8.1.9.	**Änderung der zeitlichen Abfolge der Umsetzung der Bauabschnitte beim Innenstadtumbau; Beginn des Umbaus Schlossmacherplatz im Frühjahr 2013 (Antrag der CDU-Fraktion vom 13.02.2012)**	**AN/0077/2012**
8.1.10.	**Oberflächensanierung des Schlossmacherplatzes als einzige Maßnahme der Innenstadtsanierung 2013 (Antrag der AL-Fraktion vom 21.02.2012)**	**AN/0080/2012**
8.1.11.	**Stopp aller Maßnahmen der Innenstadtsanierung (Antrag der FDP- Fraktion vom 29.02.2012)**	**AN/0089/2012**

Es wird einvernehmlich beschlossen die TOPe 8.1.8, 8.1.9, 8.1.10 sowie 8.1.11 aufgrund ihrer ähnlichen Thematik gemeinsam zu beraten.

Herr Schröder erläutert den Antrag der FDP-Fraktion (TOP 8.1.11). Er betont, dass der Ausbau der Innenstadtsanierung nicht weiter finanzierbar sei.

Herr Ebbinghaus macht deutlich, dass der Umbau des Marktplatzes von seiten der AL-Fraktion von Beginn an nicht gewollt wurde. Er stimmt den Ausführungen von Herrn Schröder zu und macht klar, dass lediglich eine oberflächliche Reparatur des Schloßmacherplatzes dringend notwendig ist.

Es folgt nun die Abstimmung über die einzelnen Anträge. Über die weitestgehenden Anträge wird hierbei zuerst abgestimmt.

1. TOP 8.1.11

Beschluss:
Der Rat der Stadt beschließt, dass alle Maßnahmen der Innenstadtsanierung unverzüglich gestoppt werden.

Abstimmungsergebnis:	8 Ja-Stimmen	(6 FDP, 2 proNRW)
	33 Nein-Stimmen	(16 CDU, 9 SPD, 6 UWG, fraktionslos, Bürgermeister)
	3 Enthaltungen	(3 AL)

Herr Klee ist während der Abstimmung nicht anwesend.

Der Antrag ist somit abgelehnt.

2. TOP 8.1.10

Beschluss:
Der Rat der Stadt beschließt, dass die Mittel, die im Rahmen der sogenannten Innenstadtsanierung im Jahre 2013 vorgesehen sind, soweit wie erforderlich für die Oberflächensanierung des Schloßmacherplatzes eingesetzt werden. Auf alle anderen Maßnahmen, die im Innenstadtkonzept vorgesehen sind, wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis:	10 Ja-Stimmen	(6 FDP, 3 AL, fraktionslos)
	32 Nein-Stimmen	(16 CDU, 9 SPD, 6 UWG, Bürgermeister)
	2 Enthaltungen	(2 proNRW)

Herr Klee ist während der Abstimmung nicht anwesend.

Der Antrag ist somit abgelehnt.

3. TOP 8.1.8 und 8.1.9

Beschluss:
Der Rat der Stadt beschließt, dass der Umbau des Schloßmacherplatzes auf das Jahr 2014 vorgezogen wird.

Abstimmungsergebnis:	33 Ja-Stimmen	(16 CDU, 10 SPD, 6 UWG, Bürgermeister)
	12 Nein-Stimmen	(6 FDP, 3 AL, 2 proNRW, fraktionslos)

8.1.12. Verzicht auf Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Erschließung des Baugebietes Wasserturmstraße (Antrag der AL-Fraktion vom 22.02.2012) **AN/0081/2012**

Herr Ebbinghaus erläutert den Antrag der AL-Fraktion.

Herr Viebach ist der Ansicht, dass neue Baugrundstücke dringend benötigt werden. Die CDU-Fraktion wird daher dem Antrag nicht zustimmen.

Beschluss:
Der Rat der Stadt beschließt, dass die vorgesehene Bebauungsmaßnahme Wasserturmstr. zunächst zurückgestellt wird und alle bis zum Jahre 2015 hierfür vorgesehenen Mittel aus dem Haushalt herausgenommen werden.

Abstimmungsergebnis:	4 Ja-Stimmen	(3 AL, fraktionslos)
	41 Nein-Stimmen	(16 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 2 proNRW, Bürgermeister)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

8.1.13. Kürzung des Liquiditätszuschusses an die Bäder (Antrag der AL-Fraktion vom 22.02.2012) AN/0088/2012

Herr Dr. Michalides erläutert den Antrag der AL-Fraktion.

Beschluss:
Der Rat der Stadt beschließt, ab dem Jahre 2013 den vorgesehene Liquiditätszuschuss an die Bäder GmbH in Höhe von 500.000 € jährlich um 100.000 € zu kürzen.

Abstimmungsergebnis:	6 Ja-Stimmen	(3 AL, 2 proNRW, fraktionslos)
	39 Nein-Stimmen	(16 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 6 UWG, Bürgermeister)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

8.1.14. Konzept zur Überführung des lifeness in private Hände (Antrag der AL-Fraktion vom 22.02.2012) AN/0087/2012

Herr Dr. Michalides erläutert den Antrag der AL-Fraktion.

Beschluss:
Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, bis zum Ende des Jahres 2013 ein Konzept vorzulegen, dass einen Weg aufzeigt, wie der Betrieb des lifeness aus der städtischen Verantwortung gelöst und in private Hände überführt werden kann.

Abstimmungsergebnis:	5 Ja-Stimmen	(3 AL, 2 proNRW)
	39 Nein-Stimmen	(16 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 6 UWG, Bürgermeister)
	1 Enthaltung	(fraktionslos)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

8.1.15. Nutzung der Spielhalle im LifeNess (Antrag der AL-Fraktion vom 22.02.2012) BV/0301/2012/1

Frau Ebbinghaus erläutert den Antrag der AL-Fraktion. Sie berichtet, dass die Mitglieder von freien Trägern im Jugendhilfeausschuss sehr unzufrieden mit der derzeitigen Nutzung der Indoor-Spielhalle sind.

Beschluss:
Der Rat der Stadt beschließt, die mit der Bäder GmbH geschlossene Nutzungsvereinbarung zur Nutzung der Spielhalle im lifeness schon jetzt zum regulären Kündigungstermin zu kündigen und in einem neuen Vertrag maximal 30.000 € für die gebotene Leistung zu zahlen.

Abstimmungsergebnis:	4 Ja-Stimmen	(3 AL, fraktionslos)
	41 Nein-Stimmen	(16 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 2 proNRW, Bürgermeister)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

8.1.16. Verzicht auf die Erstellung eines Sportplatzes an der Hermannstraße (Antrag der AL-Fraktion vom 21.02.2012) AN/0095/2012

Herr Ebbinghaus erläutert den Antrag der AL-Fraktion.

Herr Dr. Rieger erklärt, dass seit Jahren ein Mangel an offenen Sportstätten besteht. Daher wird die SPD-Fraktion diesem Antrag nicht zustimmen.

Auf Nachfrage von Herrn Hoffmann erklärt Herr Nipken, dass die Finanzierungslücke in Höhe von ca. 1,5 Mio. € insbesondere durch die Schulpauschale gedeckt werden soll.

Beschluss:
Der Rat der Stadt beschließt, die Mittel, die zur Erstellung eines Sportplatzes an der Hermannstr. an diversen Stellen des Haushaltsplanentwurfes vorgesehen sind, ersatzlos zu streichen.

Abstimmungsergebnis:	3 Ja-Stimmen	(3 AL)
	42 Nein-Stimmen	(16 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 2 proNRW, fraktionslos, Bürgermeister)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

8.1.17. Änderung der Abschreibungszeiträume (Antrag der CDU-Fraktion vom 14.03.2012) AN/0096/2012

Der Bürgermeister verweist auf den Hauptausschuss, in dem die Verwaltung zugesagt hat, die Abschreibungszeiträume bis Ende des Jahres zu überprüfen.

8.1.18. Einsatz von quelloffener Software (Antrag von Herrn Ullmann vom 29.02.2012) AN/0099/2012

Der Bürgermeister erklärt, dass ein fast identischer Antrag bereits Ende 2011 beraten worden ist. Bei der damaligen Sitzung wurde dieser Antrag abgelehnt, da diese Entscheidung in die Zuständigkeit des Bürgermeisters fällt.

Herr Ullmann erläutert den Antrag.

Herr Viebach macht deutlich, dass die Umsetzung bei der Stadt Gummersbach ein Pilotprojekt war, das entsprechend finanziell unterstützt worden ist. Des Weiteren ist er der Meinung, dass Herr Ullmann die gesamte Komplexität dieser Thematik nicht im Blick hat. Abschließend macht er darauf aufmerksam, dass durch eine Umstellung weitere Kosten, wie z.B. Schulung von Mitarbeitern und Beratung durch externe Fachkräfte, entstehen würden.

Beschluss:
Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, die Möglichkeit einer gänzlichen oder teilweisen Umstellung der PC-Arbeitsplätze der Stadtverwaltung von Microsoft Windows und sonstiger proprietärer Programme auf Linux und sonstige quelloffene Programme zum nächst günstigen Zeitpunkt zu erörtern und hierbei insbesondere einen Kostenvergleich anzustellen. Hier-

zu soll ein Pilotprojekt im laufenden Haushaltberücksichtigt werden. Hierbei soll Kontakt mit der Stadtverwaltung Gummersbach aufgenommen und sollen die dort bereits gemachten Erfahrungen berücksichtigt werden. Die Verwaltung soll bis spätestens Ende laufenden Jahres einen Bericht inkl. dem oben genannten Kostenvergleich erarbeiten.

Abstimmungsergebnis:	4 Ja-Stimmen	(3 AL, fraktionslos)
	41 Nein-Stimmen	(16 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 2 proNRW, Bürgermeister)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

8.2. Stellenplan

8.2.1. Änderung des Stellenplans (Anträge der CDU-Fraktion vom 13.02.2012 und 21.04.2012) AN/0068/2012

8.2.2. Stellenplan 2012 BV/0314/2012

Der Bürgermeister erklärt, dass der Antrag der CDU-Fraktion bezüglich der Schaffung einer zusätzlichen hauptamtlichen Stelle im Bereich der Feuerwache bereits durch entsprechende Aufnahme in den vorliegenden Stelleplan erledigt ist.

Herr Viebach erläutert den Antrag für den Bereich der Stadtplanung. Aufgrund des ausführlichen Vortrags von Frau Gottlieb im Hauptausschuss möchte die CDU-Fraktion lediglich die unbefristete halbe Stelle für eine Verwaltungskraft aus dem Stellenplan streichen.

Herr Stark erklärt, dass im Hauptausschuss deutlich gemacht wurde wie notwendig diese halbe Verwaltungsstelle ist. Er bittet Frau Gottlieb, hierzu noch einmal kurz Stellung zu nehmen.

Frau Gottlieb stellt klar, dass durch die Verwaltungskraft eine Entlastung der Planer erfolgen soll. Der gesamte Fachbereich muss unterstützt werden, damit alle anliegenden Projekte möglichst termingerecht erledigt werden können.

Es folgt nun die Abstimmung über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion.

Beschluss:
Der Rat der Stadt beschließt, die unbefristete halbe Stelle für den Verwaltungsbereich im Bereich der Stadtplanung ersatzlos aus dem vorliegenden Stellenplan zu streichen.

Abstimmungsergebnis:	21 Ja-Stimmen	(16 CDU, 5 UWG)
	18 Nein-Stimmen	(10 SPD, 1 UWG, 3 AL, 2 proNRW, fraktionslos, Bürgermeister)
	6 Enthaltungen	(6 FDP)

8.3. Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen BV/0349/2012

Herr Schröder beantragt, wie auch schon im Hauptausschuss, eine separate Abstimmung über die Beschaffung des Mannschaftstransportwagens.

Beschluss:
Der Rat der Stadt genehmigt die vom Hauptausschuss in seiner Sitzung am 24.05.2012 gefassten Dringlichkeitsentscheidungen zur Beantragung von vorzeitigen Mittelfreigaben (bezogen auf die Instandsetzung der Sporthalle II, Hermannstraße und die Instandsetzung der Turnhalle Jahnstraße).

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:
Der Rat der Stadt genehmigt die vom Hauptausschuss in seiner Sitzung am 24.05.2012 gefassten Dringlichkeitsentscheidungen zur Beantragung von vorzeitigen Mittelfreigaben (bezogen auf die Beschaffung des Mannschaftstransportwagens).

Abstimmungsergebnis:	37 Ja-Stimmen	(16 CDU, 10 SPD, 4 UWG, 3 AL, 2 proNRW, fraktionslos, Bürgermeister)
	6 Nein-Stimmen	(5 FDP, 1 UWG)
	2 Enthaltungen	(1 FDP, 1 UWG)

Unterbrechung der Sitzung: 17.35 Uhr – 17.45 Uhr

8.4. Haushaltssatzung 2012 und Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2022 BV/0350/2012

Es folgen die Reden der Fraktionsvorsitzenden zum Haushalt 2012.

Herr Viebach führt aus, dass der städtische Haushalt so prekär wie nie zuvor ist. Auch die sich erholenden Gewerbesteuereinnahmen reichen nicht für eine deutliche Verbesserung der Situation aus. Dieses Jahr stand die Stadt erstmalig vor der Aufgabe, ein 10jähriges Haushaltssicherungskonzept zu erstellen. Die Kommunen sollen dadurch dazu bewegt werden, den Verzehr des Eigenkapitals zu stoppen; dies sieht die CDU als richtig und notwendig an. Die Bürger sollen durch permanente Steuererhöhung nicht länger zur Kasse gebeten werden. Herr Viebach erwartet von seiten der Verwaltung mehr Impulse in Form von Vorschlägen für den Haushaltsentwurf 2013, um die weitere Verschuldung zu verhindern. Der Rat ist für die Festsetzung der Ziele zuständig und die Verwaltung für die Ausführung. Einen Schwerpunkt sieht die CDU-Fraktion besonders bei der Umsetzung des Schulentwicklungsplanes. Herr Viebach fordert zudem vom Bürgermeister dasselbe Engagement, wie er selbst von allen Bürgern und Bürgerinnen erwartet. Darüber hinaus sollten alle Mitarbeiter mehr gefördert und gefordert werden; die CDU-Fraktion wird die Mitarbeiter soweit es geht unterstützen. Abschließend bedankt sich Herr Viebach bei der Kämmererei und allen Mitarbeitern der Verwaltung für die geleistete Arbeit und erklärt, dass die CDU-Fraktion dem Haushalt zustimmen wird.

Herr Stark macht deutlich, dass es auch 2012 nicht gelungen ist, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Dieser Umstand macht es auch in diesem Jahr nicht wirklich möglich, kommunalpolitische Ziele zu verwirklichen. Es sollte sich darauf beschränkt werden, bereits bestehende Standards beizubehalten und nur wirklich dringend notwendige Investitionen zu tätigen. Er betont, dass am heutigen Tage nicht sichergestellt ist, ob das 10jährige Haushaltssicherungskonzept tatsächlich aufgeht. Hier wird eine besondere Pflicht des Kämmerers

gesehen, einen entsprechenden „Notfallplan“ zu erstellen. Für die SPD-Fraktion liegen die Schwerpunkte für 2012 zum einen in der Attraktivierung der Innenstadt sowie bei Investitionen in die Zukunft der Kinder, hier besonders durch den Ausbau und die Gestaltung der U3-Betreuung. Durch die schnelle Reaktion des Fachbereiches Jugend und Bildung und die Sicherung der Fördermittel ist Radevormwald in diesem Bereich führend im gesamten Oberbergischen Kreis. Ein weiterer wichtiger Punkt besteht in der Unterstützung der heimischen Wirtschaft. Herr Stark betont, dass eventuelle Mehrausgaben nicht durch Abgabenerhöhungen refinanziert werden sollen; komplett vermeidbar sei dies vermutlich allerdings nicht. Zudem begrüßt er, dass durch die Zustimmung zur Trägerwechselvereinbarung für das Krankenhaus die Standort- und Grundversorgungsgarantie sichergestellt ist. Herr Stark bedankt sich abschließend beim Bürgermeister und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die geleistete Arbeit und wünscht für die Umsetzung der geplanten Maßnahmen gutes Gelingen.

Herr Schröder führt aus, dass der Haushalt 2012 eine Unterdeckung von insgesamt rund 5,75 Mio. € aufzeigt; bis zum Jahre 2016 kommen noch ca. 23,6 Mio. € hinzu. Dies lässt sich auch durch eine Mehrbelastung der Bürger nicht verhindern. Um Schulden abzubauen sollte auf kostspielige Vorhaben, wie z.B. die Innenstadtsanierung und das Wasserquintett verzichtet werden. Er befürchtet dass man nicht länger „Herr im eigenen Hause“ bleibt, wenn der Vermehrung der Schulden nicht entschieden entgegengewirkt wird. Die Erarbeitung eines Stadtentwicklungskonzeptes wird unterstützt, um den Bevölkerungsabgang zu stoppen. Herr Schröder fordert zudem die WFG auf, sich um die Ansiedlung neuer Firmen zu bemühen, damit der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Radevormwald erweitert wird. Das GPA hält Einsparungen insgesamt für möglich, z.B. durch interkommunale Zusammenarbeit und Energieeinsparungen bei den Sporthallen und anderen Gebäuden. Besonderer Überprüfung bedürfen auch die freiwilligen Leistungen. Die Verwaltung muss den Bürgern zeigen, dass eine „Verschleuderung von Steuergeldern“ nicht erfolgt. Hier müssen auch alle Fraktionen an einem Strang ziehen. Abschließend erklärt er, dass die FDP-Fraktion den Haushalt ablehnen wird.

Herr Haselhoff beschreibt das 10jährige Haushaltssicherungskonzept als eine Variante von Planwirtschaft, in der in den nächsten Jahren entsprechende Vorgaben erreicht werden müssen. Er weist darauf hin, dass die Zinsentwicklung noch nicht absehbar ist und aus einer entsprechenden Steigerung auch Mehrausgaben resultieren werden. Man sollte die Kassenkredite zeitnah auf Festkredite mit einem festgelegten Tilgungsdatum umwandeln um zumindest in diesem Bereich die Belastung des Haushaltes dauerhaft berechnen zu können. Herr Haselhoff bemängelt darüber hinaus, dass der Kreis und auch der Bund sich an den ohnehin schon finanziell schlecht gestellten Kommunen bereichern. An dem Beispiel der Stadt Oberhausen ist erkennbar, dass übertriebene Sparsamkeit nicht zwingend optimal ist; man sollte in vertretbarem Umfang antizyklisch handeln. Er legt der Verwaltung und dem Rat zudem ans Herz sich an entsprechenden EU-Förderprogrammen zu beteiligen. Auch sollte man die Bedürfnisse der übrigen Stadtteile neben der Sanierung der Innenstadt nicht vergessen; es sollte der Ausbau der Infrastruktur in den Wupperorten vorangetrieben werden. Herr Haselhoff schlägt vor, dass auch die Bürger involviert werden sollen, z.B. in Form einer Ideenbörse, bei der Sparvorschläge gemacht werden können. Letztendlich wird die UWG-Fraktion dem Haushalt zustimmen.

Laut Herrn Ebbinghaus befindet sich der Haushalt seit Jahren in einem schlechten finanziellen Zustand. Er beklagt, dass diese prekäre Lage aber nicht davon abhält, vor Fertigstellung laufender Projekte, schon neue zu planen; man sollte sich stattdessen auf die Bewahrung des Bestehenden beschränken. Auch wenn man grundsätzlich nicht gegen den Bau der Sportplatzes Hermannstraße eingestellt ist, müsste allen Beteiligten klar sein, dass auch hierfür die benötigten 1,2 – 1,5 Mio. € nicht zur Verfügung stehen. Er merkt an, dass die Bäder GmbH weiterhin eher zum Schuldenstand der Stadt beitragen wird; dies wird jedoch von den anderen Ratsmitgliedern nicht so empfunden. Obwohl die Funktionsfähigkeit der Innen-

stadt enorm wichtig ist, ist die Reaktion der Stadt und des Rates auf die schwindende Kaufkraft suboptimal. Herr Ebbinghaus lobt Frau Gottlieb für ihr Engagement, findet jedoch, dass man im Bezug auf die Innenstadtsanierung weniger auf Optik setzen sollte, als auf ökonomische Gesichtspunkte. Auch die Bürger dürfen nicht noch stärker zur Kasse gebeten werden, wie etwa in Form von Steuererhöhungen. Abschließend macht Herr Ebbinghaus klar, dass die AL-Fraktion den Haushaltsentwurf und das Haushaltssicherungskonzept nicht mittragen kann.

Herr Ullmann betont, dass fast keine Entscheidung die der Rat gefällt hat, im Sinne der Bürger ist, die den dieses Gremium gewählt haben. Dem Haushalt kann er nicht zustimmen, da das 10jährige Haushaltssicherungskonzept nicht seriös ist.

Beschluss:
Der Rat der Stadt beschließt die Haushaltssatzung, einschließlich der Prioritätenliste für das Haushaltsjahr 2012 und das Haushaltssicherungskonzept für die Jahre 2012 - 2022 auf der Basis des Haushaltsentwurfs vom 22.11.2011 einschließlich der Änderungen des Ergebnis- und Finanzplans (Stand: 08.05.2012), der Änderungen der Fraktionsanträge und sonstigen Anlagen sowie den Stellenplan in der geänderten Form.

Abstimmungsergebnis:	33 Ja-Stimmen	(16 CDU, 10 SPD, 6 UWG, Bürgermeister)
	12 Nein-Stimmen	(6 FDP, 3 AL, 2 proNRW, fraktionslos)

9. Neufassung der Satzung über die Abfallentsorgung BV/0334/2012

Beschluss:
Der Rat der Stadt beschließt die Neufassung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Radevormwald.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10. Neufassung der Hundesteuersatzung (auch Antrag von Herrn Ullmann vom 24.05.2012) BV/0335/2012/1

Herr Ullmann und Herr Ebbinghaus erläutern die Anträge zu dem TOP.

Herr Haselhoff möchte wissen, ob der Antrag der AL-Fraktion und die deutlich höhere Besteuerung von Kampfhunden nicht gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoßen.

Herr Nipken erklärt, dass die unterschiedliche Besteuerung von Kampfhunden durch verschieden Urteile von Bundesgerichten bestätigt wurde. Es bestehen jedoch durchaus Zweifel bei der rückwirkenden Besteuerung von Kampfhunden; daher soll die Steuer erst zum 01. Juli 2012 erhöht werden.

Herr Ullmann macht noch mal deutlich, dass er keine Grundlage zur unterschiedlichen Besteuerung erkennen kann.

Es folgen nun die Abstimmungen über den Antrag von Herrn Ullmann, der AL-Fraktion und der Verwaltungsvorlage.

Beschluss:
Der Rat der Stadt beschließt in dem Entwurf der Hundesteuersatzung die neu eingefügte Passage § 2 (2) a) sowie die in § 2 (2) d) folgende Aufzählung vermeintlich gefährlicher Hunderassen ersatzlos zu streichen.

Abstimmungsergebnis:	4 Ja-Stimmen	(1 FDP, 2 proNRW, fraktionslos)
	31 Nein-Stimmen	(14 CDU, 10 SPD, 6 UWG, Bürgermeister)
	10 Enthaltungen	(2 CDU, 5 FDP, 3 AL)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Beschluss:
Der Rat der Stadt beschließt den § 2 der Hundesteuersatzung um einen Absatz 3 zu ergänzen, der folgenden Wortlaut besitzt:

Der erhöhte Steuersatz für „gefährliche Hunde“ deren Gefährlichkeit ausschließlich mit der Zugehörigkeit zu einer Rasse gemäß der Liste nach § 2 (2) d) begründet wird, gilt nur für Hunde dieser Rassen, die ab dem 01. Juli 2012 angeschafft und angemeldet werden.

Abstimmungsergebnis:	17 Ja-Stimmen	(10 SPD, 1 FDP, 3 AL, 2 proNRW, fraktionslos)
	26 Nein-Stimmen	(16 CDU, 3 FDP, 6 UWG, Bürgermeister)
	2 Enthaltungen	(2 FDP)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Beschluss:
Der Rat der Stadt beschließt die anliegende Neufassung der Hundesteuersatzung

Abstimmungsergebnis:	25 Ja-Stimmen	(16 CDU, 2 FDP, 6 UWG, Bürgermeister)
	17 Nein-Stimmen	(10 SPD, 1 FDP, 3 AL, 2 proNRW, fraktionslos)
	3 Enthaltungen	(3 FDP)

11. 44. Änderung des Flächennutzungsplanes - Dietrich-Bonhoeffer-Straße, Kindergarten -

11.1. 44. Änd.FNP: Bericht über die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 3(1) bzw. § 4(1) BauGB, Abwägung und Beschluss über die während der frühzeitigen Behördenbeteiligung eingegangene Stellungnahme des Landesbetriebes Wald und Holz NRW vom 08.12.2011 — BV/0316/2012

Beschluss:
Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt, der Anregung des Landesbetriebes Wald und Forst NRW zu folgen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Herr Enneper nimmt aufgrund seiner Befangenheit nicht an der Abstimmung teil.

11.2.	**44. Änd.FNP: Abwägung und Beschluss über die während der frühzeitigen Behördenbeteiligung eingegangene Stellungnahme der PLEdoc GmbH vom 04.01.2012**	**BV/0317/2012**

Beschluss:
Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt, den Anregungen der PLEdoc GmbH nicht zu folgen.

Abstimmungsergebnis:	41 Ja-Stimmen	(16 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 2 proNRW, Bürgermeister)
	3 Nein-Stimmen	(3 AL)
	1 Enthaltung	(fraktionslos)

Herr Enneper nimmt aufgrund seiner Befangenheit nicht an der Abstimmung teil.

11.3.	**44. Änd.FNP: Bericht über die öffentliche Auslegung des Entwurfes der 44. Flächennutzungs-planänderung gem. § 3 (2) BauGB sowie der Einholung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB; Feststellungsbeschluss**	**BV/0336/2012**

Beschluss:
Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt die Feststellung der 44. Änderung des Flächennutzungsplanes - Dietrich-Bonhoeffer-Straße, Kindergarten - und billigt deren Begründung einschließlich Umweltbericht.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Herr Enneper nimmt aufgrund seiner Befangenheit nicht an der Abstimmung teil.

12.	**Bebauungsplan Nr. 56 B, Südstadt II - südwestlich Höhweg zwischen Dietrich-Bonhoeffer-Straße und Laakbaum; 1. Änderung**	
12.1.	**BP 56B: Bericht über die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 3(2) bzw. § 4 (1) BauGB, Abwägung und Beschluss über die während der frühzeitigen Behördenbeteiligung eingegangene Stellungnahme des Landesbetriebes Wald und Holz NRW vom 07.12.2011**	**BV/0319/2012**

Beschluss:
Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt, den Anregungen des Landesbetriebes Land und Forst teilweise zu folgen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Herr Enneper nimmt aufgrund seiner Befangenheit nicht an der Abstimmung teil.

12.2.	**BP 56B: Abwägung und Beschluss über die während der frühzeitigen Behördenbeteiligung eingegangene Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Naturschutzverbände im Oberbergischen Kreis vom 04.01.2012**	**BV/0320/2012**

Beschluss:
Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt, den Anregungen der Arbeitsgemeinschaft der Naturschutzverbände im Oberbergischen Kreis nicht zu folgen.

Abstimmungsergebnis:	41 Ja-Stimmen	(16 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 2 proNRW, Bürgermeister)
	4 Nein-Stimmen	(3 AL, fraktionslos)

Herr Enneper nimmt aufgrund seiner Befangenheit nicht an der Abstimmung teil.

12.3.	**BP 56B: Abwägung und Beschluss über die während der frühzeitigen Behördenbeteiligung eingegangene Stellungnahme des Landrates des Oberbergischen Kreises vom 04.01.2012**	**BV/0321/2012**

Beschluss:
Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt, den Anregungen des Landrates des Oberbergischen Kreises zu folgen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Herr Enneper nimmt aufgrund seiner Befangenheit nicht an der Abstimmung teil.

12.4.	**BP 56B: Bericht über die öffentliche Auslegung des Entwurfes der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 56 B gem. § 3 (2) BauGB sowie der Einholung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB; Abwägung und Beschluss über die während der Behördenbeteiligung eingegangenen Stellungnahme des Landrates des Oberbergischen Kreises vom 12.04.2012**	**BV/0337/2012**

Beschluss:
Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt, der Anregung des Oberbergischen Kreises nicht zu folgen.

Abstimmungsergebnis:	41 Ja-Stimmen	(16 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 2 proNRW, Bürgermeister)
	3 Nein-Stimmen	(3 AL)
	1 Enthaltung	(fraktionslos)

Herr Enneper nimmt aufgrund seiner Befangenheit nicht an der Abstimmung teil.

12.5. BP 56B: Satzungsbeschluss BV/0338/2012

Beschluss:
Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt gem. § 10 Abs. 1 BauGB den Bebauungsplan Nr. 56 B, Südstadt III - südwestlich Höhweg zwischen Dietrich-Bonhoeffer-Straße und Laakbaum - , 1. Änderung als Satzung und stimmt der Begründung gem. § 9 Abs. 8 BauGB zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Herr Enneper nimmt aufgrund seiner Befangenheit nicht an der Abstimmung teil.

13. Feststellung Jahresabschluss 2009, Behandlung Jahresfehlbetrag, Entlastung Bürgermeister BV/0333/2012/1

Herr Schröder, Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschuss, erklärt dem Rat, dass in diesem Jahr schon zwei Jahresabschlüsse verabschiedet werden konnten. Die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses haben sich dem vorliegenden Jahresabschluss in der letzten Ausschusssitzung in vollem Umfang angeschlossen.

Beschluss:
Der Rat

a) stellt den Jahresabschluss 2009, Bilanzsumme der Schlussbilanz 179.525.371,06 €, Eigenkapital 53.462.764,42 €, fest,

b) beschließt, den Jahresfehlbetrag von 6.869.388,56 € der Ausgleichsrücklage zu entnehmen und

c) erteilt dem Bürgermeister für das Haushaltsjahr 2009 Entlastung.

Abstimmungsergebnis:	44 Ja-Stimmen	(16 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 3 AL, 2 proNRW, Bürgermeister)
	1 Enthaltung	(fraktionslos)

Unterbrechung der Sitzung: 18.50 Uhr – 19.05 Uhr

14. Konzept zur weiteren Nutzung des Grundstückes Blumenstraße/Neustraße AN/0067/2012/1

Frau Gottlieb erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation das von der Verwaltung erarbeitete Konzept zur weiteren Nutzung des Grundstückes Blumenstraße / Neustraße. Abschließend weist sie darauf hin, dass das vorgestellte Konzept lediglich eine Grundidee darstellt, die entsprechend durch den Rat geändert und angepasst werden kann.

Auf Nachfrage von Herrn Viebach erklärt Herr Nipken, dass der Restbuchwert des Grundstückes bei ca. 380.000 € liegt.

Herr Viebach betont, dass mit der Veräußerung ein möglichst hoher Gewinn erzielt werden soll. Er beantragt, dass das Wort „Mehrgenerationenwohnen“ durch das Wort „Wohnen“ ersetzt werden soll um sich mehrere Möglichkeiten offen zu halten. Es sollte ein Investorenwettbewerb angestrebt werden, damit eine möglichst große Auswahl an Konzepten besteht. Abschließend erklärt er, dass die CDU-Fraktion diesem Beschluss zustimmen wird.

Herr Müller und Herr Schröder stimmen den Ausführungen von Herrn Viebach zu.

Frau Gottlieb nimmt die Aussagen zur Kenntnis und sagt zu, für den nächsten Fachausschuss eine entsprechende Vorlage zu erstellen.

Herr Ebbinghaus ist ebenfalls der Ansicht, dass ein Investorenwettbewerb durchgeführt werden solle; besonderes Augenmerk sollte man aber auf das von der Verwaltung vorgeschlagen Konzept des Mehrgenerationenwohnens legen. Entgegen der wirtschaftlichen Kriterien der CDU-Fraktion spricht sich die AL-Fraktion für eine besondere Beachtung der städtebaulichen Kriterien aus.

Herr Haselhoff macht deutlich, dass auch die FDP-Fraktion der Meinung ist, dass zuvor viele Möglichkeiten und Ideen entwickelt und vorgestellt werden sollten, aus denen dann das beste Konzept weiterverfolgt werden soll.

Es folgt nun die Abstimmung über den Beschlussentwurf der Verwaltung mit der beantragten Änderung der CDU-Fraktion.

Beschluss:
Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, die vorgestellte Konzeption des Wohnens weiterzuentwickeln und die Umsetzungsmöglichkeiten zu prüfen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

15. Besetzung von Ausschüssen / Gremien BV/0344/2012

Herr Viebach schlägt für den Beirat des Krankenhauses Frau Erni Huckenbeck sowie als Vertreter Herrn Manfred Kreckel vor.

Herr Stark schlägt für den Beirat des Krankenhauses Frau Heide Nahrgang sowie als Vertreterin Frau Margot Grüterich vor.

Beschluss:
Als städtische Vertreter in den Beirat des Krankenhauses wählt der Rat
1. Erni Huckenbeck (Vertreter: Manfred Kreckel)
2. Heide Nahrgang (Vertreter: Margot Grüterich)
3. Bürgermeister Dr. Josef Korsten (Vertreter: Erster Beigeordneter Frank Nipken)

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Herr Viebach schlägt vor, keine bestimmten Personen zu benennen. Er ist der Ansicht, dass das Kuratorium der Johanniter-Seniorenwohneinrichtungen jeweils mit dem Vorsitzenden bzw. seinem Vertreter des Ausschusses für Soziales, Sport und Tourismus besetzt werden soll.

Beschluss:
Als städtischen Vertreter in das Kuratorium der Johanniter – Seniorenwohneinrichtungen wählt der Rat den Ausschussvorsitzenden des Ausschusses für Soziales, Sport und Tourismus (z.Zt. Herr Rolf Schäfer) und als seinen Vertreter den stellvertretenden Ausschussvorsitzenden (z.Zt. Herr Dietrich Lunderstädt).

Abstimmungsergebnis:	42 Ja-Stimmen	(16 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 2 proNRW, fraktionslos, Bürgermeister)
	3 Enthaltungen	(3 AL)

Beschluss:
Der Rat der Stadt benennt auf Antrag der UWG-Fraktion Herrn Dietmar Danowski als Mitglied des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Verkehr für Frau Marina Müller.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:
Der Rat der Stadt benennt auf Antrag der UWG-Fraktion Frau Marina Müller als Mitglied des Ausschusses für Schule und Kultur für Herrn Michael Griebling.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:
Der Rat der Stadt benennt auf Antrag der UWG-Fraktion Herrn Michael Griebling als stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Schule und Kultur für Frau Marina Müller.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:
Der Rat der Stadt benennt auf Antrag der SPD-Fraktion Herrn Björn Rimroth als Mitglied des Ausschusses für Schule und Kultur für Frau Ulla Hebrock.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:
Der Rat der Stadt benennt auf Antrag der FDP-Fraktion Herrn Jürgen Wustmann als stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Verkehr für Herrn Axel Schröder.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

16. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Investitionen IV/0269/2012

Herr Ebbinghaus bittet um Auskunft, warum für die Position „Bundesstraßen“ Aufwendungen entstanden sind.

Herr Nipken erklärt, dass es sich hierbei um eine Zuweisung handelt, die an ein Ingenieurbüro weitergeleitet wird; der Haushalt wird somit nicht belastet.

Auf Nachfrage von Frau Ebbinghaus erklärt Herr Nipken, dass die Mehrausgaben für die Position „Straßendienst Sommerdienst“ auf die Vorbereitung einer europaweiten Ausschreibung zurückzuführen sind.

Herr Ebbinghaus hinterfragt die Aufwendungen der „Rader Lokalzeit“.

Herr Nipken führt aus, dass die Aufwendungen analog zu den höheren Zuwendungen erhöht werden mussten.

17. Mitteilungen und Fragen AF/0008/2012

a) Antrag von Herrn Ullmann

Der Bürgermeister erklärt, dass es, soweit aus den Unterlagen ersichtlich, keine Zahlungen vom Johanniter-Orden aus den Jahresüberschüssen an die Stadt gegeben hat. Des Weiteren sind die von der Stadt gezahlten Gelder i.H.v. 372.500 € an die Einrichtung vom neuen Träger, der SANA AG, zurückgezahlt worden.

Auf entsprechenden Einwurf von seiten Herrn Ullmann, macht der Bürgermeister deutlich, dass durch die Trägerwechselvereinbarung sämtliche Ansprüche aus dem Vertrag von 1955 erloschen sind.

b) Frau Pizzato fragt an, ob im Falle der Reparatur des Kreisverkehrs Bergerhof die neu angelegte Dehnerhofstraße für den Schwerlastverkehr geöffnet wird.

Frau Gottlieb gibt an, dass die entsprechenden Informationen erfragt und der Niederschrift beigefügt wird.

(Nachtrag zum Protokoll: Die Reparatur des Kreisverkehrs Bergerhof steht auf der Prioritätenliste 2013. Die Entscheidung, wie mit der Umleitung des Schwerlastverkehrs umgegangen wird, erfolgt durch den Straßenbaulastträger. Die Stadt wird lediglich zu einer Stellungnahme aufgefordert; hier ist vorgesehen, eine Ampelschaltung vorzuschlagen.)

c) Herr Schäfer fragt an, wie der Sachstand beim Breitbandausbau der Wupperorte ist und möchte wissen, wann mit den entsprechenden Zuweisungen, die neu beantragt worden sind, zu rechnen ist.

Der Bürgermeister sagt zu, dass eine entsprechende Stellungnahme der WFG angefordert wird.

d) Frau Gottlieb informiert den Rat, dass zwischenzeitlich eine Stellungnahme für das Bauvorhaben „IKEA Wuppertal“ von der Stadt angefordert wurde. Durch den Bau wird die Kaufkraft im Bereich der Möbelbeschaffung in allen Nachbarstädten sinken. Es ist daher vorgesehen eine negative Stellungnahme abzugeben. Sie macht aber deutlich, dass ein Einfluss der Stadt hier grundsätzlich nicht besteht.

Herr Enneper und Herr Müller empfinden dieses Vorhaben ebenfalls als negativ für die Stadt Radevormwald und alle umliegenden Städte.

Ende des öffentlichen Teils: 19.50 Uhr

Dr. Josef Korsten
Vorsitzender

Vanessa Jager
Schriftführer